

Stellungnahme zur Pressekonferenz: Treffen des Außenministerrates der Europäischen Union

Am 22. Februar 2021 hielt der Rat der Außenminister der Europäischen Union ein Treffen ab, um den Mitgliedsstaaten über aktuellen Angelegenheiten auszutauschen. Nach Aussage von Herrn Josep Borrell, Hoher Repräsentant für Außen- und Sicherheitspolitik, haben die Außenminister mehrere internationale Themen besprochen, einschließlich die Lage in der nordäthiopischen Region Tigray.

In seiner Pressekonferenz im Anschluss an das Treffen teilte Herr Borrell mit, dass die Minister von Herrn Pekka Haavisto, Außenminister Finnlands und Sondergesandter, über seine Reisen nach Äthiopien und in den Sudan gebrieft worden seien.

Die Minister stimmten darin überein, und riefen gemeinsam für einen uneingeschränkten und ungehinderten humanitären Zugang, die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten, die Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen und die Achtung des humanitären Völkerrechts auf.

Der Inhalt der Aussage von Herrn Borrell war allgemein gehalten. Daher wird eine umfassendere Antwort gegeben, sobald wir eine eingehende und ausgewogene Bewertung des Treffens haben und nachdem die schriftliche Erklärung veröffentlicht wurde, die in den kommenden Tagen erwartet wird.

Die Aussage von Herrn Borrell zeigt jedoch, dass die Europäische Union weiterhin ihre ungerechte Position gegenüber Eritrea und Äthiopiern beibehält. Die Europäische Union spricht die TPLF von jeder Verantwortung frei. Die EU erkennt nicht an, dass die Sicherstellung des Zugangs zu humanitärer Hilfe und die Untersuchung von mutmaßlichen Menschenrechtsverletzungen in erster Linie in der Verantwortung der äthiopischen Regierung liegt. Sie ignoriert völlig die Bemühungen der äthiopischen Regierung und ihren Partnern, die schon humanitäre Hilfe und ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung der Region leisten.

Mit dem Aufruf zur Einstellung der Feindseligkeiten, gibt die EU der äthiopischen Bundesregierung die Schuld, obwohl der Haupt- und Alleinschuldige allerdings die TPLF ist. Es ist besorgniserregend, dass die Europäische Union weiterhin eine souveräne Regierung und eine kriminelle Gruppe gleichsetzt. Ihren Ansatz, der Behauptung von Tatsachen mehr Gewicht zu verleihen als den Fakten, voreilige Entscheidungen zu treffen und dabei die Ansichten derjenigen zu ignorieren, die die von der Situation primär betroffen sind, hat sich nicht nur als fruchtlos erwiesen, sondern wird auch nicht zur nachhaltigen Stabilisierung der Region beitragen.

Es ist klar, dass die Europäische Union immer noch nicht gewillt ist, ihr einseitiges Herangehen an die Angelegenheiten in unserer Region zu verändern. In diesem Fall werden unsere Anstrengungen fortgesetzt, bis die Union eine Position einnimmt, die Frieden und Stabilität in den Ländern am Horn von Afrika fördert.

In dieser Stelle möchten wir es unterstreichen, dass eine koordinierte und effektive „Sozial-Media- Kampagne“ von den Eritreern fortgesetzt wird, bis die Europäische Union eine gerechtere Position zu unserer Region einnimmt.

Koordinationsstelle

Globale Kampagne der Eritreer in den sozialen Medien 22 Feb 2021